

Green Agenda: Dekarbonisierung des Stromsektors im Westbalkan

Die Herausforderung

Der überwiegende Teil des Stroms im Westbalkan (WB) wird in großen Kohlekraftwerken erzeugt, welche mehr als 50 Prozent der regionalen CO₂-Emissionen verursacht. Viele dieser Kraftwerke wurden vor über 40 Jahren gebaut. Wegen ihres schlechten technischen Zustands und mangelnder Modernisierung sind diese Wärmekraftwerke im WB besonders große Emittenten, die Lebensräume von Mensch und Tier verschmutzen und den nach dem Pariser Klimaabkommen festgelegten nationalen Beiträge zur Verringerung der globalen Erderwärmung entgegen stehen. Positives Entwicklungspotenzial für eine umfassende Energiewende auf der Grundlage erneuerbarer Energien (EE) im WB findet sich im gemeinsamen Streben der Länder nach EU-Mitgliedschaft. Die Verbundfähigkeit der WB-Länder mit der EU fußt auf günstigen geografischen und klimatischen Bedingungen und der historischen Interkonnektivität der Stromnetze. Die Energiewende im WB geht Hand in Hand mit der Dezentralisierung der Stromerzeugungsinfrastruktur und dürfte die Energieresilienz der Länder durch eine große Vielfalt von Akteuren in der Energiewirtschaft. Gestützt auf solides öffentliches Interesse und Beteiligung sollen auch neue Arbeitsplätze (*Green Jobs*) und Investitionsmöglichkeiten befördert werden.

Bei EE schwankt die Strommenge je nach Sonnen- und Windverhältnissen. Die Stromnetze im WB benötigen neue Betriebsabläufe, Technologien und Know-how für die Netzsteuerung. Die am Strommarkt-Akteure sind noch nicht ausreichend mit methodischen und technologischen Lösungen für eine sichere und zuverlässige Netzintegration größerer EE-Anteile vertraut. Entsprechende Anpassungen des Regulierungsrahmens, etwa bei den EE-Ausschreibungsverfahren, zeigen bereits erste Erfolge in Form des Baus großer Wind- und Solarkraftwerke, die gegenüber der fossilen Stromerzeugung zunehmend wettbewerbsfähig werden. Die Zahl kleiner Stromproduzenten und -konsumenten oder „Prosumenten“ im WB stieg von 105 auf 911 im Jahr 2021. Während die Nachfrage nach EE-Technologien stetig wächst, wird der Bedarf an qualifiziertem Personal und integrativer Regulierung auf der Grundlage der EU-Marktintegration für die Energiewende immer deutlicher: Derzeit sehen noch viele Entscheidungsträger im Energiesektor die berufliche Bildung von Fachkräften weder als Chance noch als Herausforderung für den Arbeitsmarkt oder die Energieunternehmen.

Bezeichnung:	Green Agenda: Dekarbonisierung des Stromsektors im Westbalkan
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Länder	Bosnien und Herzegowina, Serbien, Nordmazedonien, Albanien, Montenegro, Kosovo
Politischer Träger	Regionaler Kooperationsrat / Regional Cooperation Council (RCC)
Durchführungspartner	Für Strom und erneuerbare Energien zuständige Behörden im Westbalkan, Netzbetreiber, Europäische Energiegemeinschaft (internationale Organisation, die für die Übertragung des EU-Besitzstands im Energiebereich auf die Vertragsparteien, das heißt alle Westbalkanländer, zuständig ist)
Laufzeit	2022 – 2025
Auftragswert	3,5 Millionen Euro

Ziel

Die Nachfrage von Schlüsselakteuren des Stromsektors nach technologischen, regulatorischen und personellen Lösungen für die Umsetzung einer umwelt- und klimaverträglichen Energiewende ist gestiegen.



Von links nach rechts:

Stromübertragungsnetze; Visualisierung von Anlagen variabler erneuerbarer Energie (Wind/Photovoltaik)

Unsere Herangehensweise

Schwerpunkte dieses Regionalvorhabens sind der Aufbau von Kompetenzen und die Vermittlung aktuellen Wissens zu innovativen Technologielösungen für den Stromsektor im WB. Die Ausgestaltung des Regulierungsrahmens für eine verstärkte EE-Nutzung fördert den technologischen Fortschritt. Zudem will das Vorhaben den zuständigen Organisationen die Grunderkenntnis vermitteln, sodass für eine auf EE basierende Energiewende geeignete Bildungsmöglichkeiten geboten werden müssen. Die Projektmaßnahmen untergliedern sich in drei Komponenten:

- 1) Netzbetreiber und in geringerem Maße nationale Ministerien werden mit Lösungen für den Umgang mit großen Anteilen variabler EE vertraut gemacht, in erster Linie im Rahmen von Schulungen und Workshops, etwa über EE-Erzeugungsprognosen oder digitale Automatisierung, vor allem auf der Ebene der Verteilernetze.
- 2) Die Kapazitäten von Ministerien und Regierungsbehörden und in geringerem Maße Netzbetreibern zu Regulierungsoptionen für die Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen für den Übergang zu EE werden ausgebaut (Workshops, Schulungen, Prozesseffizienzberatung).
- 3) Organisationen der beruflichen Bildung werden zu den Möglichkeiten, Bedürfnissen und inhaltlichen Anforderungen der Berufsbildung für eine Energiewende auf EE-Basis beraten.

Auf operativer Ebene zählen zu den Hauptpartnern des Vorhabens Netzbetreiber, Regierungsbehörden und die für Energie zuständigen nationalen Ministerien sowie Netzwerke und Organisationen der beruflichen Bildung in der Region.

Da es sich um ein Regionalvorhaben handelt, steht die Vermittlung von Grundlagenwissen, das für möglichst viele WB-Länder gleichermaßen wichtig ist, im Vordergrund. Der Transfer von allgemeingültigem Wissen zur Energiewende soll die Nachfrage nach länderspezifischer Weiterentwicklung, Konkretisierung und Umsetzung von Lösungen ankurbeln. Ergänzende Detailunterstützung kann anschließend von anderen Projekten der Entwicklungspartnergemeinschaft geleistet werden, vor allem im Rahmen konkreter bilateraler Entwicklungsmaßnahmen und öffentlicher/privater makrofinanzieller Unterstützung.

Workshops und Schulungen werden nach Möglichkeit auf regionaler Ebene und in Zusammenarbeit mit der Energiegemeinschaft oder parallel zu thematischen Arbeitsgruppen der Energiegemeinschaft organisiert. Das unterstreicht den regionalen Ansatz des Vorhabens, reduziert den Reiseaufwand und sorgt für eine effiziente Nutzung der Ressourcen bei Partnern und Netzbetreibern.

Kontakt: Nicolas Heger

Nicolas.Heger@giz.de

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) der Vereinten Nationen, die bei der Durchführung des Vorhabens im Fokus stehen, sind:



Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sitz der Gesellschaft: Bonn und Eschborn

GIZ Office Sarajevo
Zmaja od Bosne 7-7a
Importantne Centar 03/IV
T +387 33 957 500
F +387 33 957 501
GIZ-BosnienHerzegovina@giz.de
www.giz.de/bosnia-herzegovina

Stand

07/2023

Bildnachweis

GIZ

Die GIZ ist verantwortlich für den Inhalt dieser Publikation.

Auftraggeber

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung (BMZ)